

# BAGP-Rundbrief <sup>Kurz-</sup> 4.05

## Editorial

Der Rundbrief der BAGP erscheint seit Mitte 2002 einmal im Quartal.

Als Organ der BAGP-Mitglieder greift er inhaltlich jeweils aktuelle Themen auf.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen und -initiativen will regelmäßig wichtige gesundheitspolitische Aspekte aus der Sicht von PatientInnen darlegen und kommentieren. Uns ist es wichtig, sowohl mit der Fachöffentlichkeit als auch den BürgerInnen unsere Positionen zu diskutieren.

Aus Kostengründen wird ab der Ausgabe 2/04 nur noch eine einseitige Zusammenfassung der vierseitigen Version im GL-Rundbrief beigelegt.

Interessierte können den BAGP-Rundbrief in gedruckter Version oder als Acrobat-PDF-Datei online abonnieren.

Die lasergedruckte Version ist gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro jährlich bei der Geschäftsstelle der BAGP erhältlich. Die Online-Version ist kostenlos und kann per e-mail ([abo-rb@patientenstellen.de](mailto:abo-rb@patientenstellen.de)) mit dem Betreff *subscribe* bestellt werden.

Alternativ können Sie nach Bedarf den jeweils aktuellen BAGP-Rundbrief sowie alle erschienenen Ausgaben selbst aus dem Internet holen.

Einen entsprechenden Verweis finden Sie unter <http://patientenstellen.de>.

## Bleiben Landes-PatientenvertreterInnen weiterhin ohne Aufwandsentschädigung?

Bei einer Umfrage unter bayrischen PatientenvertreterInnen PV gab es interessante Ergebnisse:

Nach wie vor uneinheitlich geregelt ist die Anwesenheit der PV bei Abstimmungen. Hierzu gibt es den eindeutigen Wunsch, nicht hinausgeschickt zu werden, auch wenn sie kein Stimmrecht haben. Weiter wird kritisiert, daß die Unterlagen sehr spät zuzugingen. Eine qualifizierte Vorbereitung ist da schwer möglich. Die Landesvertreter haben auch keinerlei finanzielle Mittel. Die PV müssen also, wenn sie sich fortbilden und austauschen wollen, dies aus eigener Tasche zahlen. Auch für die Koordination gibt es kein Geld. Die Trägervereine des Patientenetzwerk Bayern müssen Porti etc. anderweitig finanzieren. Manchen PV ist ihre Rolle nicht ganz bewußt, sie wissen nicht, wie sie sich einbringen können.

Die Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuß (GBA) dagegen sollen in Zukunft eine Aufwandsentschädigung erhalten: Nach

Auskunft der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel (SPD), will das Bundesgesundheitsministerium im kommenden Jahr die gesetzliche Grundlage dafür schaffen.

„Die Patientenvertreter arbeiten derzeit ehrenamtlich und haben – im Gegensatz zu Ärzteschaft und Krankenkassen – keinen wissenschaftlichen Expertenpool im Rücken“, so Kühn-Mengel zur „Ärzte Zeitung“. Wie die Unterstützung konkret aussehen soll und ob es ein eigenes Gesetz dazu geben wird, ist noch offen. Als Finanzier sei die Selbstverwaltung angedacht.

Derzeit sind allein auf der Bundesebene rund 200 Patientenvertreter in den verschiedenen Gremien des GBA tätig. Inzwischen hat die Geschäftsstelle des Bundesausschusses allein für deren Koordination und den hinreichenden Informationsfluß einen Mitarbeiter abgestellt.

Peter Friemelt  
+Ärztezeitung 211105

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Auenstr. 31  
80469  
München  
TELEFON  
089 /  
76 75 51 31  
FAX 089 /  
725 04 74

<http://www.patientenstellen.de>  
mail@  
patientenstellen.de

**Sprechzeiten:**  
Mo - Do  
13 - 14 Uhr  
und AB

## Internetauftritt der BAGP

Deutlich überarbeitet: Die Internetseite der BAGP.

Die Navigation wurde übersichtlicher, neue Unterseiten wurden eingeführt und interessante Links aufgenommen. Schauen Sie einfach mal vorbei unter [www.bagp.de](http://www.bagp.de):

